

Nachricht vom 29.3.2011

Große Verunsicherung durch EU-Pläne zur Kontrolle der bAV

Professor Dr. Karel van Hulle, [Referatsleiter Versicherungen und Renten der Europäischen Kommission Generaldirektion Binnenmarkt](#), wollte gleich eingangs seines Referats den Kritikern den Wind aus den Segeln nehmen. „Die gute Nachricht ist, dass wir nachdenken“, sagte er auf der [zwölften Handelsblatt-Jahrestagung „Betriebliche Altersversorgung 2011“](#) in Berlin zu Plänen der EU-Kommission, auch die betriebliche Altersversorgung unter das Dach von [Solvency II](#) einzubinden.



Andreas Storm (Bild: Brüss)

Die EU-Kommission sollte frühzeitig die Bedenken berücksichtigen, forderte der Staatssekretär im [Bundesministerium für Arbeit und Soziales](#) (BMAS), Andreas Storm. Die Kapitalanforderungen von Solvency II könnten nicht eins zu eins auf Pensionsfonds übertragen werden. Und auch die von der Kommission geplante Portabilitätsrichtlinie von Betriebsrenten-Anwartschaften sei „ein sehr schwieriges Thema“, sagte Storm.

Für die [Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände](#) (BDA) stellte Alexander Gunkel klar, dass schon die eigentlich nur für die Versicherungswirtschaft zugeschnittenen Solvency II-Regeln bei den deutschen Versicherern auf heftige Kritik stießen. Eine solche „unausgereifte“ Regelung könne man nicht auch noch auf die betriebliche Altersversorgung übertragen.

EU-Kommission macht Tempo: Dem Grünbuch folgt das Weißbuch



Professor Dr. Karel van Hulle
(Bild: Brüss)

Die EU-Kommission hatte im Sommer vergangenen Jahres ein [Grünbuch](#) vorgelegt, das nach EU-weiten Konsultationen über Pensionen und Renten erstmals einen Gesamtüberblick geben soll. Auf einen Fragenkatalog gingen von etwa 350 Organisationen über 1.600 Antworten ein. Zu den Hauptbotschaften gehörte dabei, dass ein höheres effektives Renteneintrittsalter notwendig sei, sagte van Hulle.

Auch sollte die EU die nationale Rentenpolitik unterstützen, um Überwachung, Koordinierung und Voneinander-Lernen zu

ermöglichen, umriss van Hulle die Hauptbotschaften der Konsultationen. Aus den jetzt gesammelten Erkenntnissen soll als „politisches Dokument“ im dritten Quartal dieses Jahres ein Weißbuch abgeleitet werden.

Zudem kündigte van Hulle an, dass die aus dem Jahr 2003 stammende [Richtlinie über Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung](#) im Dezember 2011 überarbeitet werden soll. Für Gunkel, Mitglied der BDA-Hauptgeschäftsführung, geht dies viel zu schnell. Berücksichtige man die Verzögerungen durch die Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht, so lägen heute kaum praktische Erfahrungen vor.

Geister scheiden sich an Solvenzregelung für Pensionsfonds

Van Hulle sagte zur Kritik der Versicherer an Solvency II, die Kommission werde sich um weniger Komplexität bemühen. Die durchgeführten Tests hätten aber gezeigt, dass Solvency II funktioniere.

Was die Pensionsfonds angehe, so wolle die EU-Kommission sicherstellen, dass langfristige, lebenslange Garantien möglich blieben. „Wir müssen eine technische Lösung finden“, damit nicht übermäßig Kapital vorgehalten werden müsse, sagte van Hulle. „Bitte helfen Sie uns, dass wir zu einem guten Vorschlag kommen.“

Dr. Helmut Aden, Mitglied des Vorstands des [BVV Versicherungsvereins des Bankgewerbes a.G.](#), sagte, falls Solvency II so kommen sollte, dann „geht das richtig, richtig ins Geld“. Allein die BVV verwaltet Kapitalanlagen über rund 22 Milliarden Euro für die betriebliche Altersversorgung des Bankgewerbes.

Ein anderer Praktiker, Bernhard Wiesner, Abteilungsdirektor Betriebliche Versorgungsleistungen der [Robert Bosch GmbH](#), wies darauf hin, dass die betriebliche Altersversorgung keine Erfindung des Staates sei. „Per Definition ist die bAV eine Sozialleistung. Ohne Arbeitgeber findet auch keine bAV statt.“ Und an der „unschlagbaren Effizienz“ der bAV sollte man nicht rütteln.

Bundesregierung gegen neuen Durchführungsweg bei der bAV

Staatssekretär Storm (CDU) führte in seinem Referat aus, dass die Bundesregierung insbesondere Geringverdiener, einschließlich der etwa zwei Millionen Solo-Selbstständigen, bei Riester und der betrieblichen Altersversorgung besser stellen wolle ([VersicherungsJournal 15.3.2011](#)). „Wir wollen zweigleisig fahren.“ Einem neuen Durchführungsweg in der bAV erteilte er eine Absage: „Dazu haben wir derzeit wenig Neigung.“

Die Diskussionen über eine private und/oder betriebliche Altersvorsorge vollziehen sich vor einer unabweisbaren demografischen Entwicklung in Deutschland und auch Europa, wie Professor Dr. Bernd Raffelhüschen vom [Forschungszentrum Generationenverträge](#) den Kongressteilnehmern als Tagungsleiter wieder eindrucksvoll nahebrachte. Wenn die Babyboomer der 1960-er Jahre schon zu wenig Kinder in die Welt gesetzt haben, müssen sie eben länger arbeiten und mehr Eigenvorsorge betreiben, so Raffelhüschen.

Manfred Brüss (m.bruess@versicherungsjournal.de)

Das VersicherungsJournal ist urheberrechtlich geschützt. Das bedeutet für Sie als Leserin bzw. Leser: Die Inhalte sind ausschließlich zur Ihrer persönlichen Information bestimmt. Für den kommerziellen Gebrauch müssen Sie bitte unsere ausdrückliche Genehmigung einholen. Unzulässig ist es, Inhalte ohne unsere Zustimmung gewerbsmäßig zu nutzen, zu verändern und zu veröffentlichen.

Kurz-URL: <http://vjournal.de/-107447>